
FORUM: Sozialismus-Debatte

Detlev Albers:
1989-1917

Prof. Dr. Detlev Albers, geb. 1943 in Goslar, Studium der Rechts- und Politikwissenschaften, ist seit 1975 Hochschullehrer an der Universität Bremen. Veröffentlichungen u. a. zu Fragen des Sozialismus.

Zeit-Aufnahmen

Vielen Zeitgenossen hat sich das Jahr 1989 als eines der Jubiläen und Retrospektiven angekündigt. 200 Jahre Französische Revolution, 70 Jahre nach Versailles, 50 Jahre nach Hitlers Überfall auf Polen - kaum ein Winkel des alten Kontinents, in dem nicht mühelos weitere Gedenktage hätten hinzugefügt werden können. Allerdings, so ließe sich skeptisch einwenden, was wäre weiter entfernt von wirklicher Geschichte als ein gut inszenierter Gedenktag? Entsprechend groß war die Überraschung, als sich in den letzten hektischen Wochen des Jahres überall die Einsicht herumsprach, daß man gerade eben ein neues „Schicksalsjahr“ verließ.

Zählt 1989 also in diesem Sinne zu den „unvergeßlichen“? Nein, könnte die Antwort lauten, denn alles, was das Jahr an Neuem brachte, hätte doch ohne Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion, ohne die „revolutionären Reformen“ Gorbatschows seit 1985 nicht den Hauch einer Chance gehabt. Doch warum sollten wir das eine gegen das andere ausspielen oder uns gar mit der Krämerweisheit zufrieden geben, daß letztlich eben doch nur die „großen Männer“ Geschichte machen, ihr An- und Abtritt den Lauf der Dinge bestimmt?

So wenig der Umbau in der Sowjetunion allein Gorbatschow zuzurechnen ist, so wenig lohnt es, die Zäsur des Jahres 1985 für die Sowjetunion gegen jene

des Jahres 1989 für Europa, ja der Weltinnenpolitik insgesamt, auszuspielen. Im Knäuel der geschichtlichen Prozesse, ihrer Abhängigkeiten und Bedingungen, ihrer unverhofften Knoten, Risse, bisweilen auch Entwirrungen, wird niemand leugnen, wie eng beide zusammenhängen, sich gegenseitig vor- wie rückwärts festschreiben. Erst die Ereignisse von 1989 haben die Perestroika unwiderruflich zu einem Vorgang des Weltgeschehens gemacht. Stehen diese auf den Schultern des innersowjetischen Anstosses seit 1985, erfährt jener erst von ihnen die Bekräftigung, die selbst ein Scheitern im Ausgangspunkt überdauern würde.

Ein Jahr, selbst ein „Schicksalsjahr“, markiert im Strom des Jahrhunderts nur einen Punkt, jenen der Wende äußerstenfalls. Was ihn qualifiziert, hält die Redensart fest, daß „danach nichts mehr so ist wie vorher“. Der Spruch führt tiefer, indem er zu Vergleichen des Vor- und Nachher drängt, Abstände zu vermessen nötigt. Beides erschließt sich dem fernsehgewohnten Auge des Lesers von heute am schnellsten, wenn wir ein Stück Nah- oder Fernaufnahme einblenden und mit solcher Distanzveränderung unser zeithistorisches Urteil anreichern. Bequem, suggestiv, effizient-verhüllend, wenn dabei die Tätigkeit dessen, der die Kamera einstellt, aus dem Blickfeld gerät.

Die Nahaufnahme entzerrt das punktförmige Bild des Jahres 1989, zerlegt es in einen schier endlosen Prozeß von Einzelereignissen, geschehen in allen Teilen der Welt. Sich dieser Unübersichtlichkeit, ihrem Lärm und Getöse erinnernd auszusetzen, öffnet die Chance, darin umso bewußter die Ereignisse der größten Tragweite, gewissermaßen die Wendepunkte im Wendejahr herauszufinden. Ich sehe auf dem Feld der Politik zwei Daten alle anderen an Bedeutung überragen und zugleich die Pole jener Wandlungsprozesse symbolisieren, die das Jahr 1989 beherrschen: der 3. Juni, als die blutige Unterdrückung auf dem Tiananmen-Platz in Peking begann, und, natürlich, der 9. November, als die Mauer in Berlin von Osten her eingerissen wurde.

Aus größerer Entfernung mag einmal das Gemeinsame beider Ereignisse, die doch so extrem entgegengesetzt verliefen, deutlicher hervortreten und einmal mehr beweisen, wie kraß die Geschichte die Intentionen ihrer angemaßten Akteure zu kompromittieren versteht. Es könnte sich nämlich herausstellen, daß beide nur auf ihre Art belegen, wie aussichtslos verspätet jene Strategien daherkommen, die sich nur eine gradualistische, man könnte auch sagen: reformistische, Veränderung der Gesellschaften in der sogenannten Zweiten Welt zum Ziel setzen. Samt jener tiefen Schatten, die sie dann von Ost und West auf die Chancen jenes Veränderers würfen, der beide Städte jeweils nur Tage zuvor in offizieller Mission bereist hatte. Doch scheint es, als hätten wir damit die Bedeutung des Jahres 1989, mitsamt seines inneren Scheitelpunkts, noch nicht wirklich erfaßt. Wenn jetzt nichts mehr so wie vorher ist, kann Übersicht nur aus größerer Distanz entstehen.

Zuerst wird unsere imaginäre Photo-Reise, zu erforschen, was 1989 verändert hat, den Blick auf seine unmittelbare Vorgeschichte freigeben. Begann sie

an dem Tag, als Gorbatschow den unbedingten Wahrheitsanspruch des Marxismus-Leninismus fallenließ? Wer überschritt den Rubikon früher, die Reformkräfte in Ungarn oder der polnische „Runde Tisch“? Sind es die Erneuerer, die von innen her kommen, von Gorbatschow bis Dubcek, oder sind es die Dissidenten, von Sacharow bis Solschenizyn und Havel, die größeren Anteil daran haben? War es mehr der wachsende Vorsprung der kapitalistischen Führungsländer oder waren es eher die unhaltbaren Defizite der inneren Versorgung, an Gütern wie an politischer Freiheit, die schließlich zur Wende zwangen? Wie immer die Antwort ausfällt, sie wird nur einmal mehr belegen, wie eng die Ereignisse im Jahrfünft 1985-1989 von Moskau bis Ostberlin miteinander verschweißt sind, wie eines das andere hervorzubringen scheint, und wie die Systemwende von innen heraus, die wir zweifelsfrei für seinen Abschluß datieren, gar nicht anders kann, als nun wiederum eine Fülle neuer Fragen an die künftige Zuordnung dieser Länder aufzuwerfen.

Auf dem Weg rückwärts, um zu verstehen, was 1989 ausmacht, begegnet uns als ein erster Haltepunkt, der zum Vergleichen nötig ist, das Jahr 1968. Sein Zentrum liegt freilich „im Westen“; und auch dort sind es, mit der Ausnahme weniger Tage des „Pariser Mai“, nicht die wirklichen Kernbereiche der gesellschaftlichen Macht, die erschüttert werden. Dennoch: Mögen seine wichtigsten Schauplätze auch nur Universitäten gewesen sein, von Berkeley über Nanterre bis nach Berlin und Frankfurt, das hier entfachte Wetterleuchten hat für die innere Entwicklung der betroffenen Länder einen jahrzehntelang registrierten Einschnitt hinterlassen. Wer wollte zudem darüber richten, ob nicht ein anderes Schicksal des Epizentrums Prag, das seinen eigenen Wünschen hätte folgen können, auch die Opposition im Westen zu größerem Realitätsbezug inspiriert hätte? Auch deshalb bleibt es zutreffend, das Jahr 1968 als große vertane Chance zu begreifen, der Ost-West-Blockierung zu entkommen.

Gleiche Chance, gleiches Los - das gilt für 1956 nicht anders, nur daß hier die wichtigsten Ereignisse, vom XX. Parteitag der KPdSU bis Posen und Budapest, von vornherein „im Osten“ hegen. Auch hier kann der Vergleich mit 1989 nicht verweilen, weil eben die Fesseln dessen, was den Rückstand der Gegenwart heraufbeschwor, damals ebensowenig abgestreift werden konnten. Stalin war gegangen; aber alle Ansätze blieben stecken, das von ihm geprägte System in den Eckpunkten zu reformieren.

Auf der Suche nach dem „Halt“, wo das Vorher von 1989 beginnt, gelangen wir so weiter zurück in das nicht minder weltentrennende Schicksalsjahr 1945. Es befördert die USA in den Zenit ihrer Weltmachtrolle, und verändert die Stellung der UdSSR nicht weniger einschneidend. Jalta und Potsdam belegen für alle sichtbar, daß die Zeiten der isolierten, verfemten Sowjetunion vorbei sind, eines Staates, der sich völlig aus eigener Kraft vom Hungerland zur zweiten Weltmacht, bald auch Atommacht heraufarbeiten mußte. Zu keinem anderen Zeitpunkt hat das Land der Oktoberrevolution über solche Autorität verfügt, auf dem ganzen Kontinent, den Westen eingeschlossen, wie nach dem Sieg über Hitler.

1945 -1989 also? Das kann gleich aus mehreren Gründen nicht einleuchten. Bezogen auf ihre inneren Verhältnisse hat das Jahr 1945 gerade keine unterscheidbare Veränderung des Nachher gegenüber dem Vorher der Sowjetunion gebracht. Der unter grauenhaften Opfern errungene Triumph der Roten Armee war und blieb eingebunden in die Willkür einer terroristisch unbeschränkten Partei- und Staatsdiktatur. Nach außen lieferte dazu die Unfähigkeit, den Nachbarländern mehr als nur eine Kopie des eigenen Gesellschaftsmodells zu gestatten, das Spiegelbild. Gerade die Völker Ost- und Mitteleuropas, die 1989 in den Mittelpunkt rücken, erleben 1945 ganz überwiegend als Verlängerung des Sowjetsystems auf fremdes Territorium. Seine Ursprünge, nicht der Moment seiner größten Expansion müssen deshalb ins Blickfeld des Vergleichs rücken.

Aber ist damit der Weitwinkel unseres Objektivs nicht überdreht? Oder, inhaltlich gesprochen, läuft es nicht schnurstracks darauf hinaus, Staun und Lenin in eins zu setzen? Holen wir diese Frage aus dem Nebel polemischer Überspitzung heraus, bleibt die Feststellung: Vor wie nach 1945 gab es Ausbruchstellen; die Geschichtswissenschaft muß sie rekonstruieren. Für uns ist jedoch nicht nur konstitutiv, daß sie im Ergebnis ungenutzt verstreichen, sondern daß sie auch nicht mit dem Machtübergang von Lenin zu Stalin zusammenfallen, etwa in dem Sinne, daß sie davor erkennbar, danach aber ausgeschlossen sind. Anders herum: Weil dabei, im Urteil der Zeitgenossen nicht anders als heute, die Momente von Kontinuität jene der Veränderung dominieren, wird die Perestroika weder vor der Praxis noch vor dem Gedankengut Lenins Halt machen können.

Soll damit tatsächlich 1917-1989 gelten? Kann eine solche Zeit-Aufnahme wirklich beanspruchen, Anfang und Abschluß eines geschichtsmächtigen Zusammenhangs wiederzugeben? Handelte es sich nur darum, daß 1917 eine jahrzehntelang unterdrückte sozialdemokratische Arbeiterpartei die Macht in einem rückständigen Teil der kapitalistischen Welt an sich reißt und sie unter anderem Namen, als kommunistische, erst nach mehr als 70 Jahren wieder mit anderen gesellschaftlichen und politischen Kräften zu teilen bereit ist, müßten wir uns nicht lange bei dem Vorgang aufhalten.

Doch damit verstellten wir uns den Blick auf den Mythos von 1917, seine Wurzeln und seine irritierende Haltbarkeit. Kein zweites Ereignis dieses Jahrhunderts hat außerhalb der eigenen Grenzen einen ähnlich starken Impuls der Identifikation - und, untrennbar damit verknüpft, auch der Abstoßung - ausgelöst wie die Revolution der Bolschewiki. Sie war undenkbar ohne das von ihnen wider Willen als „Sozialismus in einem Land“ ins Werk gesetzte Programm einer totalen sozialökonomischen Umwälzung. In ihrem Zentrum sollte mit ebenso universellem Geltungsanspruch die Herausbildung eines ganz neuen Menschen stehen; kein Fleck und kein Winkel der alten Gesellschaft, vom Staat über die Erziehung und Kunst bis zur Religion, der nicht entweder beiseite gefegt oder mit einem völlig neuen Bedeutungsinhalt versehen worden wäre. Den Elan dazu und die, wo immer möglich, wissenschaftlich

exakte Anleitung des Umwälzungsprozesses bezog man jedoch nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie, aus dem Kampf gegen die aufgestauten Probleme des zaristischen Rußlands. Sie lieferte, über Kautsky vermittelt, die Rezeption und dann mehr und mehr die eigenständige Lesart der Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels.

Beides zusammen, die vor aller Augen erwiesene Fähigkeit zur radikalen proletarischen Umwälzung und, als Basis dafür, die vermeintlich einzig authentische Interpretation des Marxismus, mußte als unvergleichliche Herausforderung in sämtliche Himmelsrichtungen des „alten Systems“ wirken. Seine Gebrechen, die in den folgenden Jahrzehnten wieder und wieder hervortraten, vom Kolonialismus zur Weltwirtschaftskrise und zum Faschismus, verdeckten über lange Strecken die inneren Entwicklungsprobleme Sowjet-Rußlands, bis hin zu den Greueln des Archipel Gulag.

Rückfragen

Was überrascht eigentlich mehr: daß der Versuch einer Gegen-Welt nach siebzig Jahren in sich zusammenfällt oder daß er überhaupt zustande gekommen ist? Welchen Antriebskräften hat er entsprochen; welchen Umständen verdankt er es, daß er so lange faszinierte oder doch jenes Minimum an Plausibilität behauptete, das zum Überdauern unabdingbar ist? Vor allem aber, was hinterläßt er dort, wo die Menschen vierzig bis siebzig Jahre in einem solchen Experiment lebten, und hier, wo man sich darauf positiv oder negativ eingestellt hatte? Was bedeutet sein Scheitern schließlich für das Ganze der bisherigen Teil-Welten und die darin enthaltene Sache der Linken?

Manche der Antworten, die wir noch heute vernehmen, sind so alt wie der Streit, den sie zu klären vorgeben. Die bürgerliche Gesellschaft mit ihren Freiheiten, vom Markt bis zur Demokratie, erzielt unter allen Formen menschlichen Zusammenlebens das überhaupt erreichbare Optimum. Mißstände, Privilegien, uneinholbare Machtvorteile der einen und irreversible Benachteiligung der anderen, national und international, das alles kann für „empfindliche Gemüter“ eingeräumt werden. Dagegen aber steht als unschätzbarer Gewinn ihr Dynamismus, die segensreiche Wirkung der unaufhörlich angespornten Konkurrenz; ihre soziale Verträglichkeit wird sich anschließend schon finden. Wer so denkt, wird im Weg der „Zweiten Welt“ ohnehin nur blanken Utopismus, vorherbestimmtes Scheitern und den Beweis dafür erkennen, daß das sozialistische Prinzip schlechthin widerlegt ist.

Wer dagegen im Oktober 1917 nur das Walten eherner geschichtlicher Gesetzmäßigkeiten erblickt, dabei die Menschheit auf ihrem Jahrhunderte-, gar jahrtausendlangen Weg von der Sklavenhaltergesellschaft über den Feudalismus, Kapitalismus zur klassenlosen Gesellschaft voranschreiten sieht, der wird auch durch die jüngste Entwicklung „im Osten“ nicht ernsthaft zu erschüttern sein. In selbstdefinierter, letztlich jeder Konsensanforderung entzogener Parteilichkeit für die „Sache des Proletariats“ werden gewiß Fehler

eingerräumt, Rückschläge wahrgenommen. Aber das ändert nichts an dem Bewußtsein, daß man „eigentlich“ auf der richtigen Seite der Barrikade gestanden habe - nur leider mit zu geringen Kräften. Wer weiß, ob nicht hinter der übernächsten Ecke der Weltgeschichte der eben abgedankte „Realsozialismus“ in gefälligkeitshalber natürlich modifizierter Gestalt wieder auftauchen wird.

Die erstgenannte Position leidet darunter, unbeschadet ihrer Ausführung im einzelnen, daß sie nur Unvernunft oder Ignoranz als Beweggrund anzugeben vermag, wenn wieder und wieder Bestrebungen entstehen, die über den kapitalistischen Marktmechanismus hinausdrängen und damit - nach ihrem Verständnis - Unmögliches verlangen. Daß es bestimmte soziale Zustände sind, die den Friedensschluß mit der bürgerlichen Gesellschaft verhindern, daß sie hier immer aufs neue, unausweichlich produziert werden, wofür sich Belege ohne Ende auftürmen, und zwar unter allen Spielarten von Kapitalismus, kann auf diese Weise nicht erklärt werden.

Die zweite Position reklamiert als Stärke, daß sie dazu verhilft, in der Linken „den Mut nicht sinken zu lassen“. Trotzdem ist die Nähe zur Apologetik auch hier unübersehbar. Es verlohnt für sie nicht, sich lange bei Fehlerdiskussion und Selbstkritik aufzuhalten. Der Kapitalismus war eben im ersten großen Anlauf stärker, aber er wird dennoch fortfahren, seine eigenen „Totengräber“ (Marx) hervorzubringen. Ist so der oft beschworene „historische Optimismus“ als Auffanglinie gerettet, erscheint es im nächsten Schritt nur plausibel, die Streitfragen der Vergangenheit, das, was sie der Linken immer wieder an Einbußen gebracht haben, auf sich beruhen zu lassen. Allerdings: In der Konsequenz läuft eine solche Position darauf hinaus, der Geschichte, zumal der eigenen, ihre Relevanz als Lernprozeß zu verweigern und damit der sozialistischen Idee die einzige verlässliche Chance auf Selbsterneuerung zu nehmen.

Die wirklich bedeutsamen Fragestellungen beginnen erst da, wo die Gebrechen des Gegenüber nicht zur eigenen Legitimation mißbraucht werden. Wenn der Kapitalismus, das Konkurrenzprinzip, der marktwirtschaftliche Mechanismus tatsächlich das letzte Wort der Geschichte ist, warum erweist er sich dann als derart syntheseunfähig? Ist ein solches Urteil nicht zwingend, wenn wir die Verteilung von Reichtum und Elend in jenen Teilen der Welt betrachten, für die er verantwortlich zeichnet? Ganz zu schweigen von den tausend Gesichtern krassester Ungleichheit, die damit verbunden sind, vom Überlebenskampf und politischer Ohnmacht auf dem einen Pol, in den Kontinenten des „Südens“, bis zur Vergeudung und zu weltweit ausgreifender Entscheidungsgewalt auf der anderen, in den Ländern des „Nordwestens“? Und das alles ungeachtet der immer entblößter vor uns liegenden ökologischen Systeme des „Raumschiffs Erde“.

Oder sind diese Fragen bereits als ideologisch verengt zurückzuweisen? Ist es stattdessen möglich, sich die Zukunft des Ganzen als Aufholjagd einer viel-

fältig abgestuften Peripherie gegenüber den Wohlstandsinseln des heutigen Kapitalismus vorzustellen? Die Schweiz und Schweden gewissermaßen als Licht am Ende des Tunnels? Wobei noch immer zu begründen wäre, worauf sich die Zuversicht stützt, daß es künftig um „Aufholen“ und nicht um neues „Abhängen“ gehen wird.

Dennoch mag hier die eigentliche Demarkationslinie verlaufen zwischen jenen, die sich aus alter oder neuer Einsicht dem Motor, der Regulierung des Marktes anvertrauen, ihm bestenfalls diese oder jene soziale oder ökologische Zutat aufnötigen wollen, und jenen, die das gleiche Prinzip nur innerhalb eines gesellschaftlich, letztlich weltweit abgestimmten und ausgewiesenen Rahmens akzeptieren.

Mehr denn je stellt sich jedoch auch die Gegenfrage: Woran ist die Fähigkeit zur Alternative und zur Synthese mit anderen Anforderungen in jenen Ländern gescheitert, die sich sozialistisch nannten? Warum kamen sie in ihrem Gesellschaftsentwurf so wenig über die eigentlich defensive Argumentation hinaus, ihre Stärke in der Abwesenheit von Defiziten des Kapitalismus, wie Arbeitslosigkeit oder Inflation, zu suchen, seinen Vorzügen aber keinen eigenen sozialistischen Zusammenhang gegenüberzustellen? Wiederum drängen sich dafür eine Reihe vermeintlich „guter Gründe“ auf, wie „Geburtsfehler“, „Stärke der Gegenseite“, „Schwierigkeiten des Aufholens“ aus der Position des Schwächeren, die doch nur als Schalldämpfer wirken. Das Dazulernen auffangen, bevor es zum Kern der Sache vorstößt.

Warum, ist bilanzierend zu fragen, haben sieben Jahrzehnte realsozialistischen Ausbruchversuchs aus dem Kapitalismus, so wenig Substanz dafür erbracht, Markt und Plan miteinander zu verbinden, sozialistische Grundausrichtung aus Meinungsstreit, Interessenvielfalt, pluralistischem Gesellschaftsverständnis, mithin aus Demokratie, die den Namen verdient, hervorgehen zu lassen? Ein „Prager Frühling“, die frühen Reformansätze im Selbstverwaltungssozialismus Jugoslawiens, dann schon das alle Vorläufer in den Schatten stellende Experiment der „Perestroika“ - das sind bereits die wesentlichen Anläufe zur Gesellschaftsreform von innen, die über ökonomische Modernisierungskonzepte hinausgehen und sich gleichwohl innerhalb sozialistischer Zielvorgaben bewegen. Selbst sie kennzeichnet noch ein Moment der Unschlüssigkeit, so verschieden der Kontext ansonsten ausfällt, sich diesen beiden wichtigsten Problemen eines Brückenschlags zwischen dem „Oktober 1917“ und den Transformationsstrategien „im Westen“ zu stellen.

Die Frage, warum sich so wenig und so spät Chancen für „dritte Wege“ aus dem „zweiten Weg“ heraus, „von Osten“ her ergeben haben, weist zurück auf den Kernbereich der Verbindungslinie 1989-1917. Mit dem „russischen Marxismus“ war zum einen die Vorstellung verknüpft, daß eine Gesellschaft um so sozialistischer sei, je vollständiger sie das Privateigentum an Produktionsmitteln als Ausgangspunkt aller Klassenspaltung beseitigt habe. Zum anderen bedurfte es der sorgfältigsten Anleitung von seiten der politisch bewußtesten

Kräfte jener Klasse, deren historische Aufgabe die Überwindung jeglicher Klassengesellschaft war, um die ungeheure Wegstrecke von einer Gesellschaftsformation zur nächsthöheren, vielleicht letzten, oder, wie Marx und Engels es einst formuliert hatten, das Heraustreten der Menschheit aus ihrer „Vorgeschichte“ mit der gebotenen Entschlossenheit, Umsicht und Weitsicht voranzubringen.

Beide Vorstellungen sowie ihre Prämisse, daß man die sozialistische Revolution theoretisch von überall her und sofort beginnen könne, sah man derart eindeutig durch den Gang der Geschichte vor und nach 1917 bestätigt, daß man sie zur Basis einer eigenen „kommunistischen Identität“ erklärte, damit die Spaltung der internationalen Linken besiegelte und bald schon vom „Leninismus“ als dem einzig aktuellen „Marxismus dieser Epoche“ sprach. Und von beiden Vorstellungen hatte man jetzt Abstand zu nehmen, und zwar auf eigenem Gelände, dort, wo man vermeintlich bereits endgültig gesiegt hatte, nicht dort, wo einem die Übermacht des Klassegegners diesen oder jenen Kompromiß abtrotzte.

Hier den Markt wieder in Kraft zu setzen, und sei es auch im Rahmen strikter gesellschaftlicher Vorgaben und gewerkschaftlicher Gegenmacht, das hieß doch zumindest, die unternehmerische Funktion aufzuwerten, sie mit eigener Professionalität, Gewinn- und Verlustchancen zu versehen und ihr, schon aus Gründen der Zweckmäßigkeit, über weite Strecken auch Entscheidungsfreiheit mit Hilfe von Eigentumsrechten einzuräumen.

Tat man dies aber und dachte gleich die übrigen sozialen Differenzierungen mit, die damit einhergehen mußten, wie eigener Status der Intelligenz, Eigentumsrechte der Bauern, von selbständig Gewerbetreibenden und so weiter, so war darin die Vision einer buchstäblich klassenlosen Gesellschaft für unabsehbare Zukunft ad acta gelegt. Stattdessen konnte man froh sein, über indirekte Regulierungen, wie Steuersystem, soziale Transferleistungen, Chancenausgleich im Bildungswesen, dem naturwüchsigen Auseinanderdriften der Lebensbedingungen zu begegnen - nur, war das noch „kommunistisch“?

Keineswegs einfacher ist die Korrektur der anderen Leitidee. War der Durchmarsch zur klassenlosen Gesellschaft in einem Stück sinnlos geworden, muß auch die Pilotfunktion der revolutionären Partei, ihre „führende Rolle“ und deren allgegenwärtige Absicherung, völlig anders als bisher betrachtet werden. Von Berlin bis Moskau zog man jetzt mit der Streichung der entsprechenden Verfassungsartikel die Konsequenz aus dem, was die Passagen über die „führende Rolle der Partei“ längst geworden waren: ein monströser Vorwand, um andere politische oder gesellschaftliche Kräfte auszuschalten.

Vor-Vorher und Nach-Nachher

Was also hinterläßt 1989? Die tiefste Restaurationsperiode, eine Niederlage der Linken historischen Ausmaßes - nichts und niemand wird ein solches Diktum in den Augen jener erschüttern, die den weiteren Gang der

Geschichte bewußt oder unbewußt mit der Elle der Revolutionäre von 1917 messen. Daß die jetzige Wende von der großen Mehrheit in den osteuropäischen Ländern als ein Akt der Befreiung erlebt und erstritten wurde, das erscheint ihnen im Kern nur als verblendete Wahrnehmung, blind gegenüber den tatsächlichen eigenen oder „objektiven“ Interessen. Daß die Sache des Sozialismus jetzt auch Bürden abwirft, die Mal für Mal unerträglicher geworden waren, ist kein Trost, weil ihnen die „Machtfrage“ entfernter denn je erscheint.

Zehnmal lauter tönt freilich die Gegenseite. Sie erklärt 1989 zum Triumph des Kapitalismus über seinen bisher gefährlichsten Widersacher. Nirgendwo wird im Blick auf die Ereignisse dieses Jahres emphatischer von Revolution gesprochen als eben hier. Warum aber müssen wir uns dieses Entweder-Oder aufzwingen lassen? Hält nicht gerade dies davon ab, sich auf die wirklichen Grundfragen der vor uns liegenden Jahrzehnte einzulassen?

Mit den Augen der Gegenwart, des Nachher von 1989, betrachtet wird der Russische Oktober zu einem Vorgang, dessen Zäsuren schaffende Bedeutung auch dann noch außer Frage steht, wenn er jetzt den Nimbus eines der ganzen Menschheitsentwicklung die Richtungweisenden Beispiels definitiv verliert. Niemand entgeht der Feststellung, daß sich das sowjetische System dort, wo es entstand, und letztlich überall, wo man sich an seinen Leitideen orientierte, unausgesetzt in seinen „Geburtsfehlern“, vorgefundenen und selbsterzeugten Entwicklungsschranken verfangen und erschöpft hat.

Gewiß haben ähnliche Bewertungen, Vorhersagen zunächst, Anklagen, Abrechnungen später, den sowjetischen Weg von Anfang an begleitet. Erinert sei nur an die zeitgenössischen Urteile so unterschiedlicher Köpfe wie Julius Martow, des Wortführers der russischen Menschewiki, der deutsch-österreichischen Sozialdemokraten Karl Kautsky und Otto Bauer oder später an die Positionsbestimmungen des italienischen Kommunisten Enrico Berlinguer - nicht zu reden vom Zeugnis ungezählter Betroffener und Dissidenten. Und doch scheint es, als habe es erst der realhistorischen Macht der Tatsachen des Jahres 1989 bedurft, um daraus umfassend Konsequenzen zu ziehen und diese ihrerseits in den Grundbestand linker Identität der Gegenwart aufzunehmen.

So wenig es unserer Einsicht entspricht, den Oktober 1917 weiter als Inkarnation sozialistischer Revolution zu begreifen, so wenig ist die 89er Wende als pure Restauration zu verstehen. Wer aus einer Sackgasse ausbricht, befreit sich selbst dann noch, wenn ihm anschließend die Kraft fehlt, sofort das nächste Experiment auf ungebahnten Wegen einzuschlagen. Wir werden es aushalten müssen, heute nicht zu wissen, wie lange das „Sozialismus-niewieder-Trauma“ im Osten nicht nur Europas, sondern vermutlich aller Teile der bisherigen „Zweiten Welt“ anhält. Aber da es vorher keinen zulänglichen Kompaß für den Übergang zur klassenlosen Gesellschaft gab, ja dieses Ziel selbst seine Zugehörigkeit zum „Diesseits“ der Politik neu zu legitimieren hat,

fehlt jetzt auch der Maßstab, für restaurativ oder reaktionär zu erklären, was die große Mehrheit der Beteiligten als Zugewinn gesellschaftlichen Entwicklungspotentials erfährt.

Damit nicht genug. 1989 als Schlußstrich unter die Epoche einer separierten „kommunistischen“ Identität zu begreifen, die sich aus dem Erfolg oder genauer: aus der damit gleichgesetzten „Wahrheit“ des Oktober 1917 legitiimierte, das verlangt auch zuzugeben, daß die Sache des Sozialismus heute insgesamt ohne die Sicherheit vorgelebter Verifikation auskommen muß. Keine ihrer Richtungen ist da den anderen entscheidend voraus. Denn die Erfolge der Sozialdemokratie, seinerzeit des „ersten Weges“ der Arbeiterbewegung, sind zwar gewiß nicht irrelevant; aber sie sind doch im Wissen ihrer Akteure meilenweit davon entfernt, jene Kernaufgabe zu verwirklichen, die das Godesberger Programm der SPD mit einer berühmt gewordenen Formulierung einst als „Bändigung der Macht der Großwirtschaft“ bezeichnet hat. Und der Zustand der Welt erlaubt es weniger denn je, sich mit solchen Verhältnissen abzufinden. Er verbietet es auch, die Diskrepanz von Ziel und heutiger Wirklichkeit mit der selbstgenügsamen Formel zu überbrücken, zum demokratischen Sozialismus zu gelangen, sei ohnehin „eine ständige Aufgabe“, somit der Weg dahin unendlich. Die „dritten Wege“ zum Sozialismus schließlich, mochten sie nun in der Zwischenkriegszeit von den österreichischen Sozialdemokraten oder in den siebziger Jahren von den italienischen Kommunisten verfochten werden, standen seit jeher vor dem Problem, ihre Strategie mehr aus der Abgrenzung zu den beiden Hauptwegen als aus dem positiven Bezug auf ein eigenes Vorbild bestimmen zu müssen.

Noch einmal also die Frage: ein triumphierender Kapitalismus, der alle drei Gegner geschlagen oder ins Abseits gedrängt hat? Was spricht noch dagegen, dem siegreichen Wirtschaftssystem eine vergleichbar alternativlose Zukunft zuzusprechen, wie diese im Vorher von 1917 bestand? Wieder könnte der Augenschein trügen. Gleichgültig, wie man die Spaltung der Internationalen nach 1917 einschätzen mag, worauf sie beruhte, was sie bewirkte, die Ereignisse von 1989 entziehen ihrer Verlängerung in die Zukunft die Existenzberechtigung. Und eben darin stecken siebzig Jahre lang verschüttete Chancen, sich umzugruppieren, unter anderen Kriterien zusammenzuschließen, neue Synthesen einzugehen. Die Ökologie und die Friedensbewegung, die Eine-Welt- und die Frauenbewegung, sie alle artikulieren Fragestellungen, von denen sich eine „hungrige“, auf ihren Ausgangspunkt zurückgeworfene, zugleich aber zentnerschwerer Verstrickung ledige Linke nicht länger mehr fernhalten wird.

Allerdings wird von solchen Möglichkeiten neu auszuholen erst dann ernsthaft die Rede sein, wenn die Linke eine Überprüfung ihres eigenen geistigen Rüstzeugs hinter sich bringt, die der Größe des Einschnitts von 1989 entspricht. Ohne sich ihre Neigung zu Offizialdoktrinen einzugestehen, ohne aufzuarbeiten, wie kontraproduktiv diese, trotz ihres vermeintlichen Zugewinns an Geschlossenheit, nach draußen und drinnen wirken, wird es künftig nir-

gendwo mehr abgehen; und zwar auch dann nicht, wenn das schmerzhaft Eingriffe verlangt. In solchem Kontext die einst mit Staun oder den „Mao-tse-Dong-Ideen“ verknüpften -ismen zu erwähnen, sträubt sich fast schon die Feder. Kaum besser steht es mit jenem Korpus von Lehren des Marxismus-Leninismus, der die veröffentlichte Meinung in sämtlichen Ländern der „Zweiten Welt“ bis 1989 beherrschte. Auch hier hat die Sterilität der vorgegebenen Prämissen den Eigenwert der auf ihrer Basis betriebenen Forschung zerstört.

Offener, undogmatischer, lebendiger Marxismus wird dagegen, soll er sich überhaupt behaupten, zunächst einmal selbst jedem Klassiker-Unwesen zu begegnen haben, mag der „Lehrmeister“ Lenin, Engels, Marx, Luxemburg, Bauer, Gramsci oder wie immer heißen. Gerade ihm verlangt 1989 eine „kopernikanische Wende“, eine neue Zeitrechnung ab. An sicherer Erkenntnis wird er nicht mehr als einige grundlegende methodische Fingerzeige gelten lassen, die Gesetzmäßigkeiten der Kapitalbewegung, der Widerstände, die sie hervorruft, und die „Idee“ ihrer Überwindung. Das Bewußtsein der eigenen Historizität, der Zugehörigkeit zu einem generationenübergreifenden Lernprozeß, mitsamt seinen Irrtümern, gehört dazu ebenso wie der Wahlspruch seines Begründers, wonach nichts vom Zweifel auszunehmen sei.

Welchen Sinn macht es nach allem, das Vorher von 1917 mit dem Nachher von 1989 zu vergleichen? Damals wie jetzt gab es zum Kapitalismus kein Gegen-System, das ihm an Dynamik und eben dadurch an Ausstrahlung hätte Paroli bieten können. Die Vorstellung, daß sich vom schwächsten Kettenglied her der kapitalistische Geleitzug werde aufrollen lassen, bis dann eines Tages „die Erde rot“ geworden sei, hat sich als unhaltbar erwiesen. Was schon den Marxisten der Zweiten Internationale vor 1914 als Grundidee geläufig war, daß sich nämlich der Übergang zum Sozialismus, allen nationalen Differenzierungen zum Trotz, nur als ein zusammenhängender weltrevolutionärer Prozeß vollziehen könne, das gilt heute auf einem hundertfach kleiner, vernetzter gewordenen Planeten erst recht.

Wozu damals die Vorstellungskraft kaum reichte, daß sich nämlich Kapital, Produktketten, Kommunikation und Wissenschaft weltweit organisieren, daß neue „Supranationalstaaten“ halbe oder ganze Kontinente zu einheitlichen Wirtschaftsräumen würden zusammenschließen können, daß Weichenstellungen der Weltmarktkonkurrenz auf Schritt und Tritt in die kleineren oder größeren Binnenmärkte eingreifen, das alles zählt heute zu den Grundbedingungen gesellschaftsverändernder Strategien, und zwar allerorten. Hinzu kommen, wiederum überall, die neuen globalen Krisenmomente, von der Umweltzerstörung zum Treibhauseffekt und zur Bevölkerungsexplosion, nicht zu reden von den ungebannten Gefahren nuklearer Konflikte.

Will die Linke in solcher Lage mithalten, gar zum Adressaten neuer Hoffnung werden, wird sie einerseits lernen müssen, uralte Fernziele des Sozialismus, wie eine neue Weltwirtschaftsordnung, Grundelemente einer

gerechten Weltregierung, aus dem utopischen Jenseits in das verifizierbare Diesseits systemverändernder Tagespolitik zurückzuholen. Sie wird sich andererseits darauf einzustellen haben, bewußter, geduldiger mit Übergängen, Zwischenlösungen, mit der Verknüpfung widersprüchlicher Prinzipien wie Markt und Plan, Gewinninteresse und gesellschaftlichen Vorgaben auszukommen, ja sie selbst zu erfinden. Nicht der Aufbau von Gegen-Welten, sondern die zielstrebige, systematische Veränderung der einen Welt, die es für uns nur gibt, deren Einheitlichkeit gerade als oberstes Gebot zu ihrer Veränderung begriffen wird, muß nach 1989 zur Maxime Unken Handelns werden. Je schneller, desto besser.